

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Mitglieder des Kreistags,
sehr geehrte Gäste,

der Beginn einer neuen Wahlperiode ist immer etwas Besonderes. Wir stehen jetzt noch ziemlich am Anfang dieser fünf Jahre und beraten den ersten Haushaltsentwurf. Keine Sorge, ich behaupte jetzt nicht, dass „jedem Anfang ein Zauber innewohnen würde“, wie es Hermann Hesse geschrieben hat. Aber bei den ersten Haushaltsberatungen in einer Wahlperiode darf man auf eine gute Zusammenarbeit der demokratischen Kräfte hoffen. Und mein Eindruck nach den ersten Sitzungsrunden ist: Hier knüpfen wir an die gute Zusammenarbeit der vergangenen Wahlperiode an.

Zum ersten Mal ist mir das am 26. November letzten Jahres aufgefallen, als hier der Haushaltsentwurf eingebracht wurde und Landrat Christian Schulze Pellengahr eine durchaus bemerkenswerte Rede gehalten hat. Ich konnte vielem durchaus zustimmen, vor allem, wenn es um die Bundes- und Landespolitik ging. Die Rede des Landrats hätte tatsächlich sogar ganz gut in den Bundestag gepasst, hat er doch über die Bundestagswahl gesprochen, über die neue Regierung, über die Veränderungen in der Sicherheitspolitik.

Vor diesem Hintergrund massiv veränderter Rahmenbedingungen, in denen weltpolitisch nichts mehr so ist, wie wir es seit Jahrzehnten kennen, stellt sich für mich die Frage: Was bedeutet das ganz konkret für uns im Kreis? Ich glaube, wir alle müssen uns die Frage stellen: Welchen Kreis Coesfeld wollen wir? Welche Veränderungen wollen wir in diesen fünf Jahren, für die wir gewählt sind, erreichen?

Klar, wir haben strategische Ziele, wir haben Leitlinien, an denen entlang wir uns entwickeln wollen. Aber die Schwerpunktsetzung ist dabei sehr unterschiedlich. Für uns in der SPD-Fraktion zählt zum Beispiel in erster Linie, dass wir etwas für Kinder, Jugendliche und Familien im Kreis erreichen wollen.

Deshalb ist die Bildungspolitik einer unserer Schwerpunkte.

Deshalb sprechen wir über den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Deshalb liegt uns vor allem soziale Sicherheit in all ihren Facetten am Herzen.

Und deshalb,

sehr geehrte Damen und Herren,

ist es fatal, wie Bund und Land mit uns in den Kommunen umgehen.

Der Landrat hat seine Kritik am Umgang mit dem Sondervermögen ja sehr sachlich auf den Punkt gebracht und ich gebe ihm da ausdrücklich recht. Ich sehe auch die große Gefahr, dass die Chance, wirklich zu einer Verbesserung der katastrophalen Finanzlage der Kommunen beizutragen, in Düsseldorf leichtfertig vertan wird.

Die schwarz-grüne Landesregierung tut zu wenig für uns und sie tut es zu spät. Ihre Politik ist im Kern nach wie vor kommunalunfreundlich. Sie ignoriert die fundamentale Schieflage, die sich über die Jahre immer weiter verschlimmert hat. Und diese Schieflage lässt sich mit einem Satz zusammenfassen: Bund und Land schieben uns zu viele Aufgaben zu, ohne uns dafür ausreichend zu finanzieren. Und Bund und Land verschließen die Augen davor, dass sie unsere Demokratie damit vor ein die Grundlagen unseres Zusammenlebens erschütterndes Problem stellt.

Denn die Menschen erleben Demokratie nicht in Talkshows, nicht in großen Parlamentsdebatten. Sie erleben sie vor Ort, in der Stadt, der Gemeinde, dem Dorf, in dem sie leben. Sie merken das dort hautnah. Und deshalb braucht unser System endlich eine auskömmliche Finanzierung der kommunalen Aufgaben.

Wie wichtig das wäre, sehen wir zurzeit ja auch an der Diskussion um die Umlage des Landschaftsverbands. Auch hier fließt zu wenig Geld vom Land für die Pflichten des LWL. Und deshalb muss der sich wiederum innerhalb der kommunalen Familie dann wieder bei uns bedienen. Das Land schaut derweil weg und tut so, als hätte es damit nichts zu tun.

Immerhin,

sehr geehrte Damen und Herren,

tun wir, was in unserer Macht liegt. Ich begrüße sehr, dass der „letter of intent“ aus der vergangenen Wahlperiode umgesetzt ist, wir den kreisangehörigen Städten und Gemeinden somit finanziell entgegenkommen und Planungssicherheit bieten. Diese Art der Zusammenarbeit ist vorbildlich und keineswegs selbstverständlich.

Aber trotz Sparsamkeit unsererseits investieren wir dennoch in wichtige Projekte im Kreis – zum Beispiel in unsere Sicherheit, wie beim Rettungsdienst. In die Bildung, wie bei der Planung der Sanierung des Pictorius-Berufskollegs. Und ganz besonders wichtig ist uns in der SPD-Fraktion, dass wir Familien unterstützen, bzw. ihnen bei den Kitagebühren entgegenkommen – eine unserer Forderungen seit zig Jahren.

Das war und ist für uns ein wirklicher Knackpunkt, das will ich nicht verhehlen, ein zentrales Gerechtigkeitsthema, bei dem es ganz konkret um gleiche Chancen für alle geht. Mit dem Beschluss im Jugendhilfeausschuss stoßen wir einen Prozess an der in eine Senkung der Gebühren führen kann, weil es einfach eine Tatsache ist, dass Eltern im Kreis Coesfeld zum Teil deutlich höhere Gebühren zahlen müssen als überall um uns herum. Da ist es dann auch nicht zielführend, wenn der Olfener Bürgermeister Sendermann im Kreisausschuss deutlich macht, dass er sich einem Diskussionsprozess verweigert. Das ist nicht im Sinne der Familien und damit der Menschen im Kreis.

Und wenn wir schon beim Zugang zur Bildung sind: Für die Förderschulen ist unser Ziel echte Wahlfreiheit für die Eltern. Die können am besten gemeinsam mit den Lehrkräften darüber entscheiden, welcher Weg für ihr Kind der richtige ist. Das gilt es in der Schulentwicklungsplanung und auch über den Haushalt zu ermöglichen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

alles zusammengekommen:

Wir wollen Verbesserungen für Kinder, Jugendliche und Familien. Das haben wir auch erreicht.

Wir wollen den Zusammenhalt in der kommunalen Familie stärken. Wir sehen, dass dieser Entwurf das Vereinbarte auch umsetzt.

Und unter diesen Voraussetzungen werden wir in der SPD-Fraktion dem Haushaltsentwurf zustimmen.

Ich will diese Gelegenheit abschließend noch nutzen, um mich für die fairen Verhandlungen und Diskussionen in den Ausschüssen zu bedanken. Dank geht außerdem an die vielen Kolleginnen und Kollegen der Kreisverwaltung, mit denen die Zusammenarbeit immer freundlich, kompetent und angenehm ist. Und in diesem Zusammenhang dann abschließend der Dank an Landrat Schulze Pellengahr und den Kämmerer Dr. Tepe für die Haushaltsaufstellung.

Abschließend aber doch noch eine kurze Bemerkung zur AfD hier im Kreistag.

Ich habe eingangs ja über die gute Zusammenarbeit der demokratischen Kräfte hier gesprochen. Die AfD gehört da nicht zu. Und in den Beratungen hat sie gezeigt, dass es dafür auch an elementaren Kenntnissen der Grundrechenarten mangelt. Das sieht man am zurückgezogenen Antrag zum SGB II und am abgelehnten Antrag zur Jugendförderung. Vordergründig ging es da um Einsparungen, aber wirklich jeder von uns weiß doch: Eine vorbeugende Bildungs- und Sozialpolitik kostet heute etwas, spart aber sehr viel mehr morgen. Damit erreicht man etwas für die Menschen und sorgt dafür, dass der Haushalt in Zukunft entlastet wird. Wer das nicht begriffen hat, zeigt, dass es hier nur um das Zerstören von Strukturen geht. Nicht um gute Politik für unsere Bevölkerung, sondern um billige Effekte, die man noch nicht einmal richtig durchdacht hat.